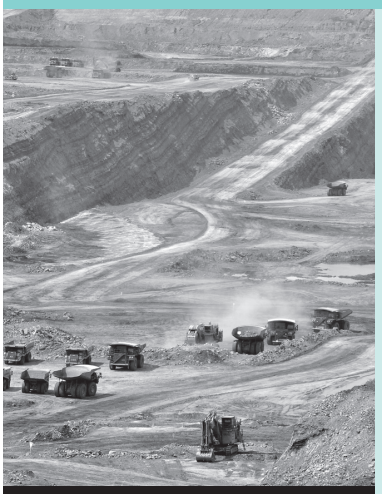
PWS info JULI 2015

UNTERWEGS FÜR MENSCHENRECHTE



In der Umgebung von El Hatillo fahren die Bagger scharenweise auf und zerstören den Lebensraum der Bevölkerung.
Foto: Dominique Rothen (PWS)

Globale Geschäfte? Globale Verantwortung!

Die vor kurzem lancierte Konzernverantwortungsinitiative (Kovi)[1] verlangt von Firmen, den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt in sämtliche Geschäftsabläufe einzubauen. Peace Watch Switzerland ist eine von 66 Organisationen, die hinter der Volksinitiative stehen. Denn weltweit werden immer mehr Menschenrechtsverletzungen direkt durch transnationale Unternehmen begangen. Der Lebensraum der Bevölkerung wird zerstört, sie wird von ihrem Land vertrieben und ihr Protest wird kriminalisiert.
Dagegen braucht es supranationale Regeln. Die von John Ruggie erarbeiteten und vom UNO-Menschenrechtsrat im Jahr 2011 verabschiedeten «UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte» greifen in diese Richtung. Ebenso die 2012 in der Schweiz eingereichte parlamentarische Petition «Recht ohne Grenzen». Doch Bundesrat und Parlament setzen nach wie vor nur auf freiwillige Massnahmen.

Damit steht die Schweiz im internationalen Vergleich eindeutig im Hintertreffen und riskiert, noch mehr dubiose Unternehmen anzulocken. Die Kovi will dieser Tendenz entgegenwirken. In der Schweiz ansässige Unternehmen sollen per Gesetz dazu verpflichtet werden, den Schutz von Menschenrechten und Umwelt verbindlich in sämtliche Geschäftsabläufe zu integrieren. Die sogenannte Sorgfaltspflicht schreibt den Unternehmen vor, Umwelt- und Menschenrechtsrisiken zu prüfen, im Bedarfsfall zu handeln und darüber zu berichten. Und zwar weltweit, bei Ablegern und Tochterunternehmen inklusive!
Profitieren sollen davon nicht zuletzt Gemeinden wie El Hatillo im Nordosten Kolumbiens. Dort bauen international tätige Bergbauunternehmen wie Glencore Xstrata seit 20 Jahren Steinkohle ab. «Wir schaffen Arbeitsplätze und zahlreiche andere Vorteile und tragen damit direkt und indirekt zu Wohlstand und Wachstum in unseren Hostländern im Allgemeinen und den Anrainergemeinden im Speziellen bei», verspricht das Unternehmen.
Doch die Realität im Umfeld der Bergwerke sieht anders aus. Der Bergbau schafft vor allem Nachteile. Die klitzekleinen Kohlepartikel führen zu einer hohen Feinstaubbelastung und verschmutzen das Wasser. Auf den Wiesen liegt eine feine Kohleschicht. Viele AnwohnerInnen sind krank. Zudem gehen die lukrativen Arbeitsplätze hauptsächlich an auswärtige ArbeiterInnen.
«Statt die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, nimmt sich der Staat vollends aus der Pflicht und appelliert an die Verantwortung der Unternehmen. Schlussendlich bleibt die Bevölkerung sich selber überlassen», berichtet die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien. Aber gerade der Staat wäre zum Handeln verpflichtet. Die den Unternehmen erteilten Lizenzen zum Abbau der Steinkohle enthalten Umweltschutzvorschriften. Werden diese nicht ein-

[1] http://www.konzern-initiative.ch und
http://www.peacewatch.ch/Kampagnen.211.0.html

bitte wenden >

Nächste Informationsveranstaltungen zur freiwilligen Menschenrechtsbeobachtung in Guatemala, Honduras, Kolumbien und Palästina/Israel:

In Bern
Samstag, 29. August 2015, Bildungszentrum WWF, Bollwerk 35, 13.30 – 16.30 Uhr

In Zürich
Samstag, 12. September 2015, AKI Katholisches Hochschulzentrum, Hirschengraben 86 (oberhalb Central), 13.30 – 16.30 Uhr

In Genf
Mittwoch, 23. September 2015, Unimail (Saal noch offen), 19.00 – 21.00 Uhr

Peace Watch Switzerland Quellenstrasse 25, 8005 Zürich, Tel: 044 272 27 88, E-Mail: info@peacewatch.ch **www.peacewatch.ch**

Trainingsdaten

Palästina/Israel:
13.–19. September 2015
13.–19. März 2016

Guatemala, Honduras, Kolumbien:
11.–17. Oktober 2015

Veranstaltungshinweise

Mithilfe beim Unterschriftensammeln
PWS braucht Ihre Unterstützung beim Unterschriftensammeln für die Konzernverantwortungs-initiative!
Wer mithelfen möchte, melde sich bitte bei guatemala@peacewatch.ch

Infos finden Sie auf www.peacewatch.ch/Kampagnen.211.0.html und http://konzern-initiative.ch

Nächster nationaler Sammeltag: 29. August 2015 an zahlreichen Orten in der ganzen Schweiz

Delegationen aus Honduras und Guatemala
Ev. finden im Sommer und Herbst Veranstaltungen mit Gästen aus Honduras und Guatemala statt. Besuchen Sie dazu unsere Website und folgen Sie uns auf Facebook.

Lesetipp
«Bodenschätze: Landvertreibung. Eine Reise nach Kolumbien» von Jann Duri Bantli (s. Text auf Seite 1). Das Buch ist 2014 in der edition 8 erschienen.

Die Migros deklariert Produkte, die in israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet hergestellt wurden. *Foto: Internet*

gehalten, müssen die Behörden intervenieren. Doch soweit kommt es nur selten: Der Einfluss der internationalen Konzerne auf die Regierung ist in der Regel zu gross.
Genau an diesem Punkt setzt die Kovi an: Schweizer Unternehmen wie Glencore Xstrata sollen in Zukunft überprüfen müssen, ob ihre ausländischen Tochterfirmen Menschenrechte und Umweltschutznormen respektieren. Stellt das Mutterhaus in der Schweiz einen Missstand fest, muss es handeln. Handelt es nicht, wird es vor einem Schweizer Gericht zur Rechenschaft gezogen.

Jann Duri Bantli (PWS-Freiwilliger und Buchautor)

Produkte aus illegalen Siedlungen in Schweizer Grossverteilern

Was mit der Kovi angestrebt wird, ist im Bereich der Güter aus israelischen Siedlungen teilweise bereits erreicht. Zwar sind die bestehenden Richtlinien nur bedingt bindend, schaffen aber immerhin so viel Transparenz, dass KonsumentInnen selbst entscheiden können, ob sie Produkte aus israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet kaufen wollen.
2012 beauftragte der UNO-Menschenrechtsrat eine internationale Ermittlungsmission damit, die Auswirkungen der israelischen Siedlungen auf die Rechte der palästinensischen Bevölkerung zu untersuchen. Der entstandene Bericht gibt unter anderem die Empfehlung an Unternehmen, «die Auswirkungen ihrer Aktivitäten zu bedenken und die notwendigen Schritte zu unternehmen – bis hin zum Abbruch der Geschäftsbeziehungen zu den Siedlungen – um sicher zu stellen, dass ihre Aktivitäten keinen negativen Einfluss auf die Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung haben, auf internationalem Recht beruhen und den ‹Guiding Principles on Business und Human Rights› entsprechen.»[2] Als Konsequenz dieses Berichts gab die UNO-Arbeitsgruppe zu Menschenrechten und transnationalen Unternehmen und anderen Firmen im Juni 2013 eine Stellungnahme[3] heraus, welche die Umsetzung der «Ruggie Principles» im Kontext der besetzten palästinensischen Gebiete darlegte.

Und hier? Seit 2013 kennzeichnet die Migros Produkte aus Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten im Westjordanland und in Ostjerusalem als solche. Damit entspricht das Unternehmen der Auffassung des Bundesrates und des Bundesamtes für Gesundheit, gemäss denen es nicht zulässig ist, diese Produkte mit «Made in Israel» zu deklarieren.
Auch die internen Beschaffungsrichtlinien vieler Schweizer Grossverteiler stellen soziale und ethische Mindestanforderungen an die Produkte in ihren Regalen. Damit reagieren sie nicht zuletzt auf das Bedürfnis ihrer KundInnen nach «fairen» Produkten. Alle grossen Anbieter – Migros (mit Globus und Denner), Coop, Aldi, Lidl, Spar – sind heute Mitglieder der «Business Social Compliance Initiative». Dieser brancheninterne Verhaltenskodex verpflichtet die Geschäftspartner, soziale Mindestanforderungen einzuhalten.
Das evangelische Hilfswerk HEKS[4] führt seit einigen Jahren einen Dialog mit Migros und Coop bezüglich der Produkte aus den israelischen Siedlungen. Sie als solche zu deklarieren, war ein erster grosser Schritt. Der Dialog zwischen HEKS und den Grossverteilern geht jedoch weiter. Denn wenn diese einmal anerkennen, dass die Siedlungen gegen internationales Recht verstossen, dürften sie dort hergestellte Produkte gar nicht erst in den Verkauf bringen.

Barbara Müller (PWS-Co-Projektkoordinatorin Palästina/Israel)

2 http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session22/A-HRC-22-63_en.pdf (Englisch)

3 http://www.ohchr.org/Documents/Issues/Business/OPTStatement6June2014.pdf

4 Das HEKS trägt die Verantwortung für die Schweizer Beteiligung am ökumenischen Begleitprogramm in Israel/Palästina (EAPPI), für dessen praktische Umsetzung PWS zuständig ist.